

fortschrittlich gekannt. Aber diese neuen Staaten lassen ihre Industrie „normale“ entwickeln. Um die Kriegsgüter abzuwenden, ist notwendig, daß man

„diesen jungen Industrieländern die Möglichkeiten einer industriellen Entfaltung dort einräumt, wo sie möglich ist. So ist es nicht nur recht, sondern auch politisch vernünftig, wenn man zum Beispiel der Fischindustrie im Südwesten Europas durch mögliche Einfuhr in die alten Industrieländer Raum für ihre Entwicklung gibt. Das entspricht auch dem Grundgedanken der internationalen Arbeitsteilung, da jede Güterproduktion am besten an der Stelle vorgenommen wird, wo sich die natürlichen Voraussetzungen befinden.“

Wie freundlich doch die Döschendorfer Volkszeitung den industriellen Staaten Europas erlaube, Fertige zu fangen, zu reifen und zu marinierten. Eine Entfaltung der Produktivkräfte, die sich auf die Fischindustrie beschränkt, wie tief sozialistisch ist das Gedachte. Wie sehr wird ein solcher positiver Vorschlag zur Hilfe der wirklichen kapitalistischen Entwicklung mit ihrem gleichmäßigen Wachstum, mit ihren wütenden Konkurrenzkämpfen gerecht.

Wären die Albanier, statt der Blutrache zu frönen, friedlich Nische fangen? Maholimi und Voincaré würden nicht wegen dieser paar friedlichen Fische französische Säuerer und italienische Profiteure gegeneinander hetzen. Der Weltfrieden wäre durch die friedliche Beschäftigung des Fischfangs und nicht durch die Entfaltung des Sozialismus erreicht.

Weiter: Warum beim Fischfang bleiben? Warum nicht gleich die Küstchen in die teutonischen Urwälder oder zu den uralten Hütten der germanischen Vorfäter vorziehen, die bekanntlich zu beiden Ufern des Rheins lagen und tranken — ja! in der Gegend von Düsseldorf? Dann bräuhle man sich nicht den Kopf mit den Aufgaben des Klassenkampfes von heute zu verbinden. Dann kann man, wenn in Kanting die Imperialisten 2000 Schiffe machen, hübsch „neutral“ bleiben.

Kleinbürgerlich-reaktionär-utopisch ist die sozialdemokratische Politik, die auf die wirkliche Kriegsgeschichte mit Rücksicht antwortet. Kleinbürgerlich-reaktionär-utopisch ist es gleichermaßen, wenn die Döschendorfer Volkszeitung gegen die imperialistischen Schutzgötze, die als ein Mittel der imperialistischen Konkurrenz auch eine Kränze der imperialistischen Konflikte sind, den Freihandel fordern. Küstchen zum Fischhandel heute, im Zeitalter des Monopolkapitalismus fordern, ist genau dasselbe, wie in der Zeit der entwickelten Großindustrie im industriellisierten Fischfang das Ziel für den Weltfrieden zu erklären. Beides heißt nichts anderes, als die Augen vor der Gegenwart verblenden, indem man sich in eine glücklichere Vergangenheit zurücktrümt!

Keine Amnestie

Berlin, 20. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den Todesurteilen im Mordprozess Wilms kamen in der Reichspräsidenten Wahlkammer über eine bevorstehende Amnestie. Die das Reichspräsidentenministerium nunmehr mitteilen läßt, kann von einer Fortsetzung eines aus Anlaß des 20. Geburtstages des Reichspräsidenten zu erlassenden Amnestiegesetzes keine Rede sein.

Die Gemeinde- u. Staatsarbeiter Kadebergs gegen den Ausschluß des Konsumvereins Schwarzenberg

Nach eingehender Diskussion nahm die Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Kadeberg folgende Entschließung einstimmig an:

„Die am 18. März 1927 im Sächsischen Keiter in Kadeberg stattgefundene Mitgliederversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Kadeberg, erhebt schärfsten Protest gegen den geplanten Ausschluß des Konsumvereins Schwarzenberg aus der Genossenschaftsbewegung. Sie erklart darin eine unethische Maßnahme der Zentralinstanzen und erklärt sich solidarisch mit dem Konsumverein Schwarzenberg.“

Nebenbei wendete sich die Versammlung in einer Resolution, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde, gegen jede Forderung der Zwangswirtschaft und gegen jede Mietpreiserhöhung.

Es muß Aufgabe aller Klassenbewußten Arbeiter sein, den Protest gegen die beschriebene Maßregelung des Konsumvereins Schwarzenberg zu verstärken. Die Gewerkschaftsmitglieder haben ein Interesse daran, daß die Spaltungsversuche in der Genossenschaftsbewegung von vornherein bekämpft werden.

Der Staatsanwalt gegen komm. Abgeordnete

Die Enthaltungen des Genossen Kemmer über die Forderung Betzles, die Abstimmung über das Mandat Emeris mit dem Niederstimmen eines sozialdemokratischen Antrages gegen die Überredung der Staatsregierung zu erlauben, hatte im Landtag und auch innerhalb der Arbeiterschaft eine große Entrüstung hervorgerufen. Seitdem die Betzle erhobene Forderung die allgemeine Korruption des Bürgerkampfes, die Nichtteilnahme der Betzle jetzt nicht, zeigen nur, daß man in seinem Lager die Korruption schon als den Normalzustand ansieht. Selbst die demokratische Jütener Morgenzeitung erlöst zu den Betzleischen Nichtteilnahmen:

„Wir können leider nicht finden, daß er (Betzle, d. A.) sich dadurch wesentlich entlastet; wenn er sich auch nicht in deutlich ausgesprochen hat, wie Kemmer behauptet, bleibt bestehen, daß er selbst kein Gewähr über den engen Zusammenhang zwischen der Abstimmung der Kommunisten über sein Gehalt mit der Abstimmung der AWP über Emeris Mandat jagt.“

Die Herren von der AWP und von der Regierung gehen mit einem anderen Mittel vor. Was hat man einen Justizapparat, wenn man ihn nicht gegen kommunistische Abgeordnete in Bewegung setzen sollte, um die Korruption im Bürgerlager zu verurteilen. Der Ministerpräsident selbst hat an den Landtagspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„An den Herrn Präsidenten des Landtags.
Dresden, den 20. März 1927.
Der Landtag ist in der Sitzung vom 21. März der Schlußplatz eines unerhörten Vorfalles gewesen.“

Der kommunistische Abgeordnete Kemmer hatte in seiner Rede den Abgeordneten Betzle angegriffen und behauptet, er habe für die Angelegenheitsklärung der Wahl des Abgeordneten Emeris gestimmt, weil die Kommunisten auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion für die Streichung des Gehaltes des Abgeordneten Betzle als Hauptführers der Sächsischen Fraktion eingetreten seien. Betzle habe dieses Verhalten vorher bereits angekündigt. Darauf erhebt sich ein ungeheurer Lärm auf der linken Seite des Hauses. Mehrere Abgeordnete, insbesondere der kommunistische Abgeordnete Schreiber, drängen an Betzle, der sitzt weit von der höheren Tribüne entfernt, herab, in der Abrede, ihn zum Saale hinauszuweisen. Dies wurde durch andere Abgeordnete, die demüthigten ersten, verhindert. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nachdem sie wieder aufgenommen war, holte sich der Abgeordnete Betzle zum Wort gemeldet und begann, nachdem der Präsident ihm das Wort erteilt hatte, durch den Saal zum Rederkreis. Als er die in dem Rederkreis hinausführenden Türen betreten hatte, schickte sich um der kommunistischen Abgeordnete Kemmer, der plötzlich von der Tribüne herabsprang, in den Weg und behauptete ihn mit den Worten: „Du kommst heute nicht zum Wort.“ Betzle wollte sich dadurch nicht abhalten lassen und wollte seinen Weg fortsetzen. Da griff ihn Kemmer an, und gleichzeitig sprang der kommunistische Abgeordnete Emeris von

der Tribüne herab, rannte mit beiden Armen um den Weg, hob ihn hoch und schloß und Emeris schleppte gemeinsam Betzle, der sich bettig sträubte und wehrte, nach dem Hintergrund des Saales in den Sitzbänken. Dort kam es weiter zum Handgemachten, das erst durch andere baywidertretende Abgeordnete gestoppt wurde.

Das Gesamtministerium hat sich mit diesem Vorgang beschäftigt und ist zu der Auffassung gekommen, daß die drei kommunistischen Abgeordneten sich des Vergehens der schweren Kränklichkeit, arggorechnell auch des Vergehens der schweren Kränklichkeit als Abgeordnete nicht bedeckt, da ihr Angriff nicht als eine nach Art. 36 der Reichsverfassung straflose Neuerung gelten kann.

Im Staatsratereffe erweist das Gesamtministerium dem Herrn Landtagspräsidenten, mit größter Beileidigung einen Beschluß des Landtags herbeizuführen, gemäß Artikel 37 Absatz 1 der Reichsverfassung die Strafverfolgung gegen die drei genannten Abgeordneten zu genehmigen.

Strafanzeige ist erfolgt.

Der Ministerpräsident (gez.) Helldorf.

Die sächsische Regierung macht wieder einmal eine ihrer „gewohnheitsmäßigen“ Verfügungsanordnungen gegen die kommunistischen Abgeordneten. Sie demonstriert aber auch hier, daß die Justiz ein höheres, unerschütterliches Werkzeug für die herrschende Klasse und ihre Helfer sein wird.

Die Dresdener Volkszeitung schreibt gestern zu diesem Beschlusse:

„Wir billigen selbstverständlich das Verhalten der drei kommunistischen Abgeordneten gegenüber Betzle nicht, wenn Betzles Verhalten auch gerechtfertigt war, die größte Entrüstung hervorgerufen. Der Landtag aber dürfte es unter allen Umständen ablehnen, die drei Abgeordneten dem Strafverfahren auszuweichen. Es genügt vollkommen, wenn die disziplinarischen Mittel des Landtages gegen die drei kommunistischen Abgeordneten angewendet werden, die für denartige Fälle zur Verfügung stehen. Durch eine gerichtliche Verurteilung würde man die drei Kommunisten nur zu Wärtzern machen.“

Wir diesem Kommentar unterliegt die Volkszeitung offen die Betzle und Konstant. Hierbei sei erwähnt, daß der Antrag in der Strafverfolgung der sozialdemokratischen Landtagspräsident Schwarz gab, indem er im Verleihen ausdrucl auf darauf hinwies, daß die Abgeordneten, die Betzle am Keden verhielten, straflos verurteilt werden könnten.

Dieser Angriff der sächsischen Reaktionäre mit dem Staatsanwalt gegen Arbeitervertreter ist die Vorbereitung zur Ausschaltung der proletarischen Vertreter im größten Umfang.

Die gesamte Arbeiterschaft muß gegen den Angriff auf ihre Abgeordneten protestieren und die Klassenpolitik zurücktreiben.

Kundgebung gegen den Faschismus

Dem Austritt der Dresdener proletarischen Organisationen, der kommunistischen Partei, dem roten Frontkämpferbund, der Roten Hilfe, des kommunistischen Jugendverbandes, der Roten Jugendfront und des Roten Frauen- und Mädchenbundes zur Protestdemonstration gegen den Faschismus waren gestern Tausende Dresdener Arbeiter gefolgt. Viele Arbeiter kamen isoliert aus den Bezirken. In den Jügen zum Demonstrationstroph, an deren Spitze die roten Frontkämpfer marschierten, sah man viele sympathisierende und sozialdemokratische Arbeiter und eine große Menge Frauen. Auf dem Demonstrationstroph selbst sammelten sich immer neu zukommende Arbeitermassen an. Die Kundgebung zeigte, daß im Kampf gegen den Faschismus die deutsche Arbeiterklasse geschlossen und in breiterer Front zusammenzutreten wird. Die Genossen Hoop und Melcher, sowie K. P. Kamerad Zimmermann zeigten den anwesenden Demonstranten die Gefahren des Faschismus und die Notwendigkeit der gemeinsamen Abwehr der das Proletariat bedrohenden Gefahren. Geschlossen, so führten die Redner aus, werden die Arbeiter gegen die Arbeiter dürfen dem faschistischen Terror nicht weichen, sondern müssen sich gegen jeden Angriff zur Wehr setzen und mit dem Gegenangriff antworten. Die Feststellung der Wortführer der Faschisten rief bei den Versammelten ungeheure Empörung hervor. Die Aufforderung zur Gegenwehr wurde mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Wieder einmal zeigte die Kundgebung das Anwachsen der revolutionären Bewegung, der roten Arbeiterfront.

Die Polizei hielt sich von der Kundgebung fern. In Zwischenfällen kam es nicht.

England und China

London, 20. März. (Eig. Drahtmeldung.) In der Kabinettsitzung erklärte Chamberlain, daß eine Freigabe an englischem Eigentum und englischem Reichtum in China vorläufig nicht in Aussicht genommen. Man will Verhandlungen mit der Kantongregierung über die internationalen Verhältnisse in Shanghai erst dann aufnehmen, wenn eine chinesische Zentralregierung vorhanden ist. Chamberlain ging weiter in seinen Ausführungen auch auf die Vorgänge in Yangling ein, wobei von Seiten der Labour Party der Junge gemacht wurde: „Er löst eine Verärgerung.“

Vormarsch auf Peking

Schanghai, 20. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kommandant der Südmilitärtruppen in Schanghai, General Bai, hat mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, daß

die bewaffneten Arbeiterwehren mit besonderem Abzeichen versehen werden.

Zahlreiche Arbeiter treten außerdem in die nationale Armee ein. Massenkundgebungen in Schanghai gegen die imperialistischen Truppen durchsah proletarischen revolutionären Charakter. Die Demonstranten sind mit roten Gewerkschaftsabzeichen und mit Fisel und Hammer geschmückt, die zu den anerkannten Abzeichen der chinesischen Gewerkschaften gehören.

Die Engländer setzen ihre Propagandastationen in Schanghai fort, besonders in dem chinesischen Viertel Tschaphu. Zur Steigerung ihrer Propagandastationen wollen sie 2 Polizeistatuen und andere Gebäude in die Fremdenstadt einbringen. Der Oberkommandant der Kantonnarmee Tschangtschich nahm an der Sonntagdemonstration in Schanghai persönlich teil und forderte in seinen Ausführungen die Abschaffung der Sonderrechte für die Imperialisten, die Freilassung der politischen Abperrung nach den Eingängen der Fremdenminister und die Uebergabe der Konzeption an die chinesische Verwaltung, dieselben Forderungen, die ursprünglich von den Gewerkschaften erhoben worden sind. Vom Armeekommando wurde ein Memorandum den ausländischen Mächten überreicht. Die Hoffnungen der Imperialisten auf eine Spaltung der revolutionären Front sind vergebens. Selbst der Korrespondent der englischen Times stellt fest, daß eine solche Spaltung nicht zu erwarten ist. Tschangtschich erklärte in einer Unterredung mit Zeitungsberichterstattern, daß die Kantonnarmee unverzüglich den Vormarsch auf Peking antreten werde, da ihr Hauptziel die Vereinheitlichung ganz Chinas ist. Die Kantonnarmee wird keinerlei Konzessionsvorschlüge annehmen.

Chinesische Warnung an Amerika

Peking, 20. März. Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat der kantonesische Oberbefehlshaber Tschangtschich in einer Rede eine Warnung auf hingewiesen, daß die Ereignisse in Kanting nur wahren Charakter getragen hätten. Es sei bedauerlich, daß sich die Amerikaner von den Engländern in die kantonesische Angelegenheiten hineinziehen lassen. Die Vereinigten Staaten sollten sich hüten, sich von England in eine ungünstige Situation in China hineinmanövrieren zu lassen, sonst würden sie sich bald in der selben ungünstigen Lage in China befinden, wie England selbst. China ist sich der Macht wirtschaftlicher Korruptionen wohl bewußt; das Problem der ungleichen Verträge wolle China nicht mit Waffengewalt, sondern im gegenseitigen Einverständnis mit diplomatischen Mitteln zur Lösung bringen.

England und China

London, 20. März. (Eig. Drahtmeldung.) In der Kabinettsitzung erklärte Chamberlain, daß eine Freigabe an englischem Eigentum und englischem Reichtum in China vorläufig nicht in Aussicht genommen. Man will Verhandlungen mit der Kantongregierung über die internationalen Verhältnisse in Shanghai erst dann aufnehmen, wenn eine chinesische Zentralregierung vorhanden ist. Chamberlain ging weiter in seinen Ausführungen auch auf die Vorgänge in Yangling ein, wobei von Seiten der Labour Party der Junge gemacht wurde: „Er löst eine Verärgerung.“



Gewaltige Gewerkschaften-Demonstration in Berlin

Betriebsratswahlen bei der städtischen Straßenbahn

Ein schmächtlicher Reinkall der Gelben

In der Zeit vom 21. bis zum 28. März fand für das Personal der städtischen Straßenbahn die Wahl zum Betriebsrat statt. Der Kampf um die Betriebsratswahl war diesmal ein ganz besonders heftiger, da es sich um die Frage handelt: „Tarifpersonal oder Fremder?“ Seitens der „Gelben“ ist überhand gearbeitet worden, um dem Personal den „Beamten“ recht schmackhaft zu machen. Man hat sich vor persönlichen Versuchungen nicht scheut, und trotzdem — ein gewaltiger Reinkall!

Es erhielt die Liste 1 der freien Gewerkschaften 2577 Stimmen, Liste 2 der Gelben Gewerkschaften 265 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 95 Prozent. Within erhalten Liste 1: 14, Liste 2: 1 Stm.

Beschlagnahme von Büchern aus Privatbesitz

Alle noch nicht benutzten beim Einlauf von Fachern!

Denk eines Tages erhebt in deiner Wohnung der Volkswacht, durchsucht deinen Bücherbestand, findet etwas von Lenin oder Magnus Birichfeld, beschlagnahmt es — und du bist überhäuft!

Während noch die Entrüstung raucht über die Betrugsthat der Buchhändler, Metzger und Buchdrucker, freud das Reichsgericht schon keine Anstöße nach Büchern, die sich als Einzelstempel in privatem Besitz befinden.

In einem Verbot gegen den Buchhändler C. Bucher aus Hildesheim hat die Verteidigung Beschwerde eingelegt gegen die Beschlagnahme von Büchern aus dem Privatbesitz des Reichsbibliotheklers. Der bekannte 4. Strafsenat hat die Beschwerde verworfen (Mittelsachen, 14 3 231/24). Die Beschlagnahme erfolgte, wie aus Reichsgericht nicht richtig sagt, nicht aus Grund des Verbotgesetzes, um eine Vorbereitung der Fälschung zu verhindern, sondern auf Grund der allgemeinen Strafprozessbestimmungen zur Sicherung eines Beweismittels.

Die kann aber ein Buch zum Beweismittel gegen seinen Verfasser werden? Das Reichsgericht sagt:

„Nach dem Inhalt des Verbotgesetzes, daß die zu der Reichsbibliothek des Angeklagten gehörigen Bücher als Beweismittel für die dem Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen nicht in Frage kommen können, kann nicht bestritten werden, daß Bücher können sehr wohl für den Beweis des typischen Tatbestandes, insbesondere der Kenntnis des Angeklagten von dem Inhalt der Bücher von Bedeutung sein, wenn sie aus der Reichsbibliothek stammen. Die Vergehens der beschlagnahmten Bücher ist daher von dem Urverfängergericht mit Recht abgelehnt worden.“

Die für schändliche Betrugsthat für eine Hostie Beweismittel? Wenn man alle Leute zusammenrufen wollte, die auch nur ein Heftchen der Bücher aus ihrem Privatbesitz mit sich gefahren haben könnten, müßten sie von ihrem Inhalt haben! — man braucht keinen allzu großen Saal zu mieten!

Was man gegen einen Angeklagten beweisen, wenn er ein Buch bestimmter Richtung gelesen hat? Etwas, daß er sich in seinem Inhalt bedankt? Vermutlich doch, nach Meinung des Reichsgerichts. Und, wenn richtig, daß er sich zu dem Inhalt bedankt? Nun, dann muß er wegen seiner Gelassung eben bestraft werden. Was für Grund sollte es sonst wohl haben, die Beschlagnahme der Angeklagten aus dem Inhalt seiner Privatbibliothek zu verhindern, und die Beschlagnahme nicht doch möglich zu sein, da sonst die ganze Beschlagnahme Unfug wäre, denn die Vernahme einer bestimmten Tat darf man aus der Literatur oder gar nur aus dem Besitz eines Buches doch wohl nicht folgern.

Munitionsexplosion in Readel

Paris, 20. März. (Eig. Drahtmeldung.) Nach hier vorliegenden Meldungen ereignete sich in Readel in der Munitions- und Waffenfabrik Iva eine gewaltige Explosion.

Die bei der gesamten Fabrik zerstörte. Die Explosion wird von sämtlichen Regierungsstellen auf ein Unfälle zurückgeführt, das als Protestkundgebung gegen die Kriegsbereit der Faschisten gedacht wird. Bis jetzt sind nach bisherigen Meldungen mehr als 1000 Verhaftungen vorgenommen worden.

Neue Zustände im Rif

Berlin, 20. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach amtlichen spanischen Berichten sind die Kämpfe in Marroko neuerdings wieder aufgeflammt. In verschiedenen Stellen sind die Kämpfe gegen die Spanier wieder ausgebrochen worden, die in aller Eile trübe Truppen aufstellen. Die Aufstandsbewegung soll auch auf französisches Gebiet ausgebrochen sein.